Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/4051

22. 02. 89

Sachgebiet 8

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Dr. Niehuis, Schmidt (Nürnberg), Roth, Dreßler, Matthäus-Maier, Adler, Bachmaier, Becker-Inglau, Blunck, Bulmahn, Catenhusen, Conrad, Dr. Däubler-Gmelin, Egert, Faße, Fuchs (Köln), Fuchs (Verl), Ganseforth, Dr. Götte, Hämmerle, Dr. Hartenstein, Kuhlwein, Luuk, Dr. Martiny, Müller (Düsseldorf), Odendahl, Peter (Kassel), Renger, Seuster, Dr. Skarpelis-Sperk, Dr. Soell, Dr. Sonntag-Wolgast, Steinhauer, Stiegler, Terborg, Dr. Timm, Traupe, Dr. Wegner, Weiler, Weyel, Wieczorek-Zeul, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

zur Großen Anfrage der Abgeordneten Frau Schmidt (Nürnberg), Dreßler, Heyenn, Jaunich, Frau Adler, Bachmaier, Frau Becker-Inglau, Bernrath, Frau Blunck, Frau Bulmahn, Catenhusen, Frau Conrad, Frau Dr. Däubler-Gmelin, Frau Dr. Dobberthien, Egert, Frau Faße, Frau Fuchs (Köln), Frau Fuchs (Verl), Frau Ganseforth, Frau Dr. Götte, Frau Hämmerle, Frau Dr. Hartenstein, Ibrügger, Kuhlwein, Frau Luuk, Frau Dr. Martiny, Frau Matthäus-Maier, Müller (Düsseldorf), Frau Dr. Niehuis, Frau Odendahl, Peter (Kassel), Frau Renger, Frau Seuster, Frau Simonis, Frau Dr. Skarpelis-Sperk, Dr. Soell, Frau Steinhauer, Stiegler, Frau Terborg, Frau Dr. Timm, Frau Traupe, Frau Weiler, Frau Weyel Frau Wieczorek-Zeul, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD
— Drucksachen 11/1086, 11/2369 —

Zu den Problemen der beruflichen Eingliederung nach Zeiten der Kindererziehung

Nach wie vor sind es Frauen, die aus eigenem Antrieb oder aufgrund eines allgemeinen Erwartungsdrucks ihre Erwerbstätigkeit nach der Geburt von Kindern unterbrechen oder keine Gelegenheit haben, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Trotz aller politischen Bekundungen haben die Schwierigkeiten der Frauen, ihre Erwerbstätigkeit nach Zeiten, in denen sie sich ganz oder überwiegend der Kinderbetreuung gewidmet haben, wieder aufzunehmen, in den letzten Jahren zugenommen. Die Wirklichkeit entfernt sich demnach immer mehr von dem politischen Ziel, daß „Familientätigkeit ideell und materiell als Arbeit von hohem gesellschaftlichen Wert anerkannt wird und Frauen und Männer im Erwerbsleben gleiche Chancen haben" (Drucksache 11/2369).

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird aufgefordert, die Zeit der Modellversuche, die sich als arbeitsmarktpolitisch ineffektives Instrument erwiesen haben, zu beenden und ein Konzept vorzulegen, das durch ein Zusammenwirken von Arbeitsmarkt-, Sozial-, Bildungs-, Tarif- und Unternehmenspolitik die Eingliederung von Frauen in das Erwerbsleben unterstützt.

Dieses Konzept sollte

- flächendeckende Beratung für Frauen bei den Arbeitsämtern umfassen, die auch eine frühzeitige Beratung in Schulen und Berufsschulen durchführen,
- Weiterbildungsprogramme/-angebote enthalten, die sich didaktisch auf die Eingliederung von Frauen ins Erwerbsleben, auch schon während der Familienphase, ausrichten und auch die sozialpädagogisch notwendigen Begleitmaßnahmen umfassen,
- verstärkt Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung mit Teilzeitunterricht (§ 44 Abs. 2b AFG) vorsehen,
- Maßnahmen enthalten, die den seit 1988 festzustellenden Rückgang des Frauenanteils in beruflichen Bildungsmaßnahmen nach AFG entgegenwirken,
- Verbesserungen in der Kinderbetreuung während der Teilnahme an Maßnahmen zur beruflichen Bildung vorsehen, was ein umfangreicheres und flexibleres Angebot voraussetzt, aber auch eine angemessenere Kostenerstattung vorsieht als den derzeitigen Höchstbetrag von 60 DM monatlich,
- Betrieben Anreize geben, Frauenförderpläne aufzustellen, die Frauen den Kontakt zum Betrieb auch während der Zeit, in der sie sich ausschließlich den Kindern widmen, ermöglichen und ihnen eine Wiedereinstellungsgarantie einräumen,
- die Arbeitsämter veranlassen, Einarbeitungszuschüsse verstärkt den Arbeitgebern zu gewähren, die Frauen nach Zeiten, in denen sie sich ganz oder überwiegend der Kinderbetreuung gewidmet haben, die Einarbeitung ermöglichen (§ 49 AFG),
- eine Verlängerung des Erziehungsurlaubs mit Arbeitsplatzgarantie auf drei Jahre vorsehen, wobei besondere Regelungen für Klein- und Mittelbetriebe, wie z. B. Verbundsysteme vorgesehen werden sollten.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung aufgefordert, entsprechend dem vorliegenden Entwurf eines Gleichstellungsgesetzes (Drucksache 11/3728)

- den Mißbrauch von Teilzeitarbeit auszuschließen,
- Teilzeitarbeit arbeits- und sozialrechtlich der Vollzeitarbeit gleichzustellen

  und
- die angekündigte „Teilzeitoffensive" im öffentlichen Dienst des Bundes endlich durch ein konkretes Angebot zusätzlicher Teilzeitarbeitsplätze für Frauen und Männer in allen Laufbahn- und Funktionsgruppen vorzusehen.

Bonn, den 22. Februar 1989

Dr. Niehuis
Schmidt (Nürnberg)
Roth
Dreßler
Matthäus-Maier
Adler
Bachmaier
Becker-Inglau
Blunck
Bulmahn
Catenhusen
Conrad
Dr. Däubler-Gmelin
Egert
Faße
Fuchs (Köln)
Fuchs (Verl)
Ganseforth
Dr. Götte
Hämmerle
Dr. Hartenstein
Kuhlwein
Luuk
Dr. Martiny
Müller (Düsseldorf)
Odendahl
Peter (Kassel)
Renger
Seuster
Dr. Skarpelis-Sperk
Dr. Soell
Dr. Sonntag-Wolgast
Steinhauer
Stiegler
Terborg
Dr. Timm
Traupe
Dr. Wegner
Weiler
Weyel
Wieczorek-Zeul
Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333